

## Guten Tag, liebe Leserinnen und Leser,

auf den Tag genau zwölf Monate vor dem 27. Januar 2008 haben die Demoskopien den Wahlausgang bei der Niedersachsen-



von Heinrich Aller, MdB

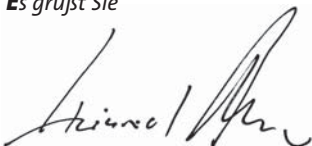
wahl vorausgesagt. In weniger als einem Jahr ist die Landtagswahl tatsächlich bereits entschieden.

**Dann zählen Stimmen und Mehrheiten – nicht Stimmungen und Umfragen. Bange machen gilt also nicht. Schon gar nicht, wenn die Kritik wächst und die Regierung an Zustimmung verliert. Das Duell Jüttner-Wulff ist wichtig, aber nicht entscheidend. Nur wer auch die Mehrheit im Landtag für sich gewinnt, wird Ministerpräsident und regiert.**

**Ich will eine Wahl der klaren politischen Alternativen. So sind wir in der Region Hannover zur Kommunalwahl angetreten, haben überzeugt und gewonnen. Erinnern wir uns: Auf Großplakaten hatte die CDU ihre Spitzenkandidaten in Landeshauptstadt und Region „Seit an Seit“ mit MP Wulff präsentiert – und verloren.**

**„niedersachsendgerecht“ soll die Politik für Bildung, Arbeit, Familie, Soziales, Wirtschaft, Finanzen, Integration oder Umwelt sein. Den 7. Februar 2007 muss man sich merken. Christian Wulff zeigt Nerven. Mit einem Hauruckprogramm hat er eine Kurskorrektur in Richtung SPD-Politik vorgenommen. „ZidZ“-Leserinnen und –Leser erinnern sich und durchschauen den billigen Wahlkampftrick! Im Wahlkampfjahr 2007/08 bleibt die „Zeitung in der Zeitung“ Ihr direkter Draht zu Ihrem SPD-Abgeordneten!**

Es grüßt Sie



Ihr Heinrich Aller, MdB

[www.heinrich-aller.de](http://www.heinrich-aller.de)

Aller: Verlässlichkeit, nicht Aktionismus zählt!

## SPD: Kinderrechte in die Verfassung - auch gegen zögernde CDU-Spitze

**Seit Monaten sind „Kinder“ das Top-Thema der deutschen Politik. Ob die demographische Entwicklung, der künftige Facharbeitermangel, die Sicherung der Renten, die Chancengleichheit im Bildungssystem und in der Gesellschaft.... Nie fehlt es an der Erkenntnis: Ohne Kinder keine Zukunft!**



Kein Wunder also, dass auch die Politik und Parteien in Deutschland die Themen Kinder, Familienförderung, Bildung, Sicherung von Zukunftschancen in immer neuen Varianten auf die Tagesordnung bringen. Wenn das „Thema Kinder“ zu Recht und auf Dauer ganz oben auf der gesellschaftspolitischen Prioritätenliste stehen soll, dann gehört es in die Verfassung!

Eigentlich ist es traurig, dass erst die schrecklichen Fälle von Kindesmisshandlung, Kinderverwahrlosung und überforderten Eltern zu der Erkenntnis geführt haben, dass das Verhältnis von Kinder- und Elternrechten neu geordnet werden muss. Kindeswohl muss vor Elternwille gehen“. Diese beiden zentralen Aussagen der SPD zur Stärkung der Kinderrechte werden von vielen Experten unterstützt.

### Aller: Kinderrechte in die Verfassung!

Heinrich Aller hat sich klar positioniert: „Kinderrechte gehören in die Verfassung. Frühkindliche und vorschulische Förderung, Erziehung und Betreuung sind richtige und wichtige Bausteine einer Politik für Familien und Kinder. Dafür steht die SPD. Fortschrittliche Kinderpolitik braucht aber auch Orientierung, Kontinuität und Verlässlichkeit.

Für wie dumm halten MP Wulff und seine CDU die Niedersachsen eigentlich? Noch im Dezember 2006 lehnen CDU und FDP drei Kernforderung der SPD – gebühren-

freies Kindergartenjahr, 165 Millionen für die Kommunen, Millionen für Investitionen und Innovationen – vehement ab. Nur zwei Monate später soll's ein Nachtrag richten. Der 7. Februar 2007 wird in die Niedersächsische Landespolitik als der Tag der dreistesten und plumbsten Wählerverdummung eingehen. Denn die Kommunen zahlen Wulff's Wahlgeschenke mit exakt den 165 Millionen Euro, die er ihnen zuvor aus den Kassen klagt!

Der nächste Umfaller von Wulff kommt bestimmt. Mit einem Gesetzentwurf hat die SPD in Niedersachsen jetzt ein weiteres deutliches Zeichen gesetzt. Kinderrechte sollen in der Niedersächsischen Verfassung verankert werden. Die CDU/FDP-Landesregierung zögert, während elf von 16 Bundesländern die Kinderrechte mit breiter Unterstützung in die Verfassung aufgenommen haben. Auch in der UN-Kinderrechtskonvention und die EU-Grundrechtscharta sind längst eigene Kinderrechte definiert.

Kinderrechte eignen sich nicht für Wahlkampftricks und Sonntagsreden. Eine Verankerung in der Verfassung wäre eine Verpflichtung für Politik und Gesellschaft, immer wieder aufs Neue die richtigen Entscheidungen zu treffen.

### Kinderrechte

Den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion finden Sie hier:

→ [www.landtag-niedersachsen.de](http://www.landtag-niedersachsen.de)  
Unter Infothek: Drucksache 15/3474

**MEHR  
INFOS**



Im Winter auf den Mittellandkanal wagte sich der Shanty-Chor Lohnde mit der „Wappen von Hannover“ | Mit an Bord der stellvertretende Bürgermeister Hans Pandzioch, Bürgermeister Alexander Heuer und der Landtagsabgeordnete Heinrich Aller. Wenn alles gut läuft, wird Seelze als „Hafenstadt“ mit immerhin drei „Häfen“ in die Angebote Hannover – Garbsen – Hannover einbezogen werden können.



Die Bedeutung des Ehrenamts hat Ortsbürgermeister Wilfried Nickel, (rechts) beim Neujahrsgespräch in Lohnde herausgestellt. Diesmal zeichnete er Ehrenamtliche des Sports und des Umweltschutzes besonders aus.



Werben für den Wirtschaftsstandort Region Hannover | Heinrich Aller präsentierte in Wirtschaftsforen mit amerikanischen Wirtschaftsunternehmen in Washington und Virginia Chancen für Investitionen in Unternehmen und Ausbildungsplätze. Die Kernregion Niedersachsens bietet für Investoren viele Vorteile. Wichtige Standortfaktoren sind für US-Interessenten die CeBIT, Flughafen und die Förderinstrumente von hannoverimpuls, IPA, N-Bank und die EU-Strukturförderung 2007-1013.

## Aller: CDU mit Wählerverdummung auf Stimmenfang Kommunen finanzieren Wulffs Wahlgeschenke

Das Strickmuster der Politik von Christian Wulff ist verblüffend einfach. Seine Medienstrategen setzen auf die Schnelligkeit von Nachrichten und die Vergesslichkeit der Menschen. Bei seinem letzten Coup haben Wulff, CDU und FDP den Bogen überspannt.

Nur zwei Monate nach der Verabschiedung des Landeshaushalts 2007 kündigt die Regierung jetzt einen Nachtragshaushalt an. Volumen 165 Millionen Euro. Vier Schwerpunkte. Brav berichten die Medien, über Wulffs neue Einsichten und die völlig neue Lage bei den Finanzen in Niedersachsen.

Zwei Monate nach der Ablehnung von durchfinanzierten Anträgen der SPD-Opposition im Landtag zum Haushalt 2007 noch im Dezember

- ➔ zur Einführung der Gebührenfreiheit für ein Kindergartenjahr
- ➔ zur Rücknahme der Kürzungen des Kommunalen Finanzausgleich (150 Millionen in 2005, 154 Millionen in 2006) von mindestens 165 Millionen für das Jahr 2007
- ➔ Bereitstellung von Mitteln für Innovationen und Investitionen und
- ➔ Verbesserung des Unterrichtsangebots insbesondere an Ganztagschulen

präsentiert. Anfang Februar Christian Wulff der erstaunten Öffentlichkeit den „höchsten Finanzausgleich der Geschichte“ und den „kostenfreien Schulkindergarten“. Ohne Superlative geht bei dieser Regierung nichts. Nichts geht aber auch ohne das Verschweigen der Wahren Hintergründe.

### Motto Wulff: Erst nehmen, dann geben

Denn, was Wulff Eltern, Kommunen, Wirtschaft und Schulen nun angeblich aus dem Landeshaushalt finanziert, hat er vorher den Kommunen aus der Kasse „geklaut“. Trotz deutlich verbesserter Kassenlage des Landes hält Wulff an den 2005 eingeleiteten Kürzungen von 17,14 auf 16,09 Prozent fest und baut Rücklagen auf, die ebenfalls mit kommunalem Geld finanziert werden.

Die „Zeitung in der Zeitung“ („ZidZ“) hat sich zur Aufgabe gemacht, schnell und präzise vor allem dann zu informieren, wenn die

## Grundsatzprogramm EINTRETEN Für die Soziale Demokratie.



Die SPD diskutiert das neue Grundsatzprogramm | Engagiert wie eh und jeh: Egon Kuhn (80), langjähriger Vorsitzender der SPD Linden-Limmer. Aufmerksame Zuhöherin: Christine Kastning, jetzige Vorsitzende und Chefin der SPD-Fraktion im Rat Hannover.

Für Interessierte steht der Programm-entwurf unter dem Motto „EINTRETEN – Für die Soziale Demokratie“ unter ➔ [www.programmdebatte.spd.de](http://www.programmdebatte.spd.de) oder über das Büro der SPD-Region Hannover (Tel. (0511) 1674-240, Odeonsstraße 15/16, Hannover) zur Verfügung.

Medien u. a. wegen der Kompliziertheit der Materie der Pressestelle der Staatskanzlei auf den Leim gehen und die Opposition mit ihrer Kritik nicht zu Wort kommt. Hier sind einige wenige Textpassagen, die interessierten „ZidZ“-Leserinnen und -Lesern den Beweis erbringen, wie eiskalt Wulff seine „Überschriftenpolitik“ durchzieht:

**Auszug aus der „ZidZ“, Nr. 24 vom Dezember 2006:** „Halbherzige und auf Schadensbegrenzung abgestellte Kurskorrekturen am Haushaltsentwurf 2007 und der Mißla lassen nur einen Schluss zu: Vor der Landtagswahl soll das Füllhorn über Niedersachsen ausgeschüttet werden.“

**Auszug aus der „ZidZ“, Nr. 21 vom Juni 2006:** „Genauso klar ist, dass die Mehreinnahmen für Niedersachsen längst berechnet, verbucht und politisch verplant sind. Im Volksmund nennt man so etwas Trittbrettfahrerei.“

Meine Bitte als Ihr Abgeordneter: Besuchen Sie meine Homepage, informieren Sie sich und nutzen Sie die Möglichkeit zum politischen Dialog!

### Impressum

Sie haben Fragen?  
Wenden Sie sich an das Abgeordnetenbüro von Heinrich Aller, MdL:  
Mitarbeiter: Maximilian Schmidt  
Odeonstraße 15/16 | 30159 Hannover  
☎ 0511-1674-242 | [info@heinrich-aller.de](mailto:info@heinrich-aller.de)